

41. Plenarsitzung im Thüringer Landtag am 19. Januar 2011

Rede zu „Rückkehr zur Rente mit 65“ auf Antrag der Fraktion Die Linke

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir führen eine bundespolitische Debatte hier im Thüringer Landtag. Jetzt kann man fragen: Ist das sinnvoll oder nicht? Grundsätzlich würde ich sagen, ja, es ist sinnvoll, weil das ein Punkt ist, bei dem wir die Verantwortung als Politikerinnen und Politiker tragen, auch für Akzeptanz zu sorgen; für Akzeptanz zu der Frage: Ist die Rente mit 67 etwas, was wir mittragen wollen ja oder nein?

Ich als GRÜNE sage hier: Ja, wir wollen die Rente mit 67 mittragen. Ich sage auch, wenn wir für Akzeptanz werben, dann haben wir noch ein ganzes Stück vor uns, dann sind wir alle gefordert, denn wenn Sie sich Umfragen anschauen - Forsa aktuell - gerade einmal 7 Prozent der Bundesbürger und Bürgerinnen wollen, dass das Renteneintrittsalter bei 67 Jahren liegt. Insofern hat Frau Jung völlig recht, dass sie hier sagt, da gibt es ein großes Akzeptanzproblem bzw. wir haben hier eine Aufgabe zu bewältigen. Das tun wir hier und wir haben da, glaube ich, auch schon einiges zusammengetragen.

Ich will Wiederholungen vermeiden. Mich hat aber jetzt Frau Künast so ein bisschen verwundert. Sie haben hier die Lanze gebrochen für die Rente mit 67. Wenn ich mich recht erinnere, hat Ihre Fraktion dafür gesorgt, dass der Berechnungsmechanismus noch mal drei Jahre nach hinten verschoben wird. Im Augenblick reden wir darüber - 2007 wurde das Gesetz beschlossen -, dass im Jahr 2030 die Rente mit 67 gilt. Sie wollen aber erst in drei Jahren damit beginnen, dass tatsächlich die Monatsabschläge gezahlt werden. Warum also nicht gleich? Ich finde, so viel Offenheit muss man dann auch haben und dazu stehen, wenn man den Beschluss gefasst hat, dass man das will.

Das leuchtet mir nicht ein. Was mir sehr wohl einleuchtet, ist, dass wir, wenn wir für Akzeptanz sorgen wollen, auch dazu stehen müssen und sagen müssen, was heißt das denn genau. Was heißt es genau - wir haben ein umlagefinanziertes System - für die Rentenversicherung, was heißt das genau für die Pyramide, die Demografiepyramide. Was heißt es, wir wollen länger und gut leben. Was heißt das, wir wollen länger Rente beziehen.

Natürlich müssen wir diese Punkte alle bedenken. Deswegen ist es auch richtig, daran festzuhalten. Es ist nicht richtig, noch einmal drei Jahre sich zu verzögern. Es ist übrigens auch nicht richtig, so wie CDU und FDP auf Bundesebene argumentieren, dann zu sagen, dann lassen wir eben alles, so wie es ist. Denn wir brauchen eine Qualitätsoffensive. Um Akzeptanz zu schaffen, müssen wir auch den Leuten erklären, wie es gehen soll, mit 65, 66 und 67 noch zu arbeiten. Das ist der Punkt, um den wir uns bemühen müssen und wo wir auch Argumente haben müssen. Dass wir das brauchen, da braucht man sich nur die einschlägigen Charts anzusehen, im Augenblick arbeiten in diesem Land 44 Mio. Bundesbürger und Bundesbürgerinnen. Im Jahr 2050 werden es noch 32 Mio. sein. Es muss also jedem einleuchten, dass es hier eine Notwendigkeit gibt.

Zum Zweiten: Wenn man sich die Zahlen anschaut, es wurde tatsächlich geschafft, die Erwerbsquote der 60- bis 64-Jährigen von 2000 bis 2008 deutlich zu erhöhen, fast zu verdoppeln, fast 35 Prozent der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger in diesem Alter können heute arbeiten. Das ist gut so, das ist eine gute Entwicklung, die hat ganz sicher nichts damit zu tun, dass Schwarz- Gelb 2009 gewählt wurde und da in irgendeiner Form etwas beigesteuert hat. Das ist in den Jahren zuvor passiert.

Aber worüber reden wir? Wir reden darüber, dass die Menschen sich fragen: Wie kann es sein, dass wir bis 67 arbeiten müssen und gleichzeitig die Arbeitsbedingungen nicht besser werden. Das ist der Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo wir gefordert sind, wir auch übrigens hier. Wer möchte, dass länger gearbeitet wird, muss auch die Bedingungen dafür schaffen, dass gute Arbeit möglich ist. Da schaue ich gern in die Ränge von Schwarz-Gelb und sage Ihnen, es gibt ein 50plus-Modell allein auf Bundesebene, ein 60plus-Modell wird weder angedacht noch umgesetzt. Wie soll Altersarbeit gestaltet werden? Ich kann mich nicht entsinnen, in den letzten Monaten irgendetwas von Ihnen gehört zu haben. Was ich höre, ist, dass es im Bereich des Arbeitsmarkts 1,5 Mrd. € weniger gibt, die investiert werden. So sorgt man ganz sicher nicht für gute Arbeit und gute Arbeitsbedingungen. Was es auch nicht gibt, wo auch Schwarz-Gelb sich hätte dazu äußern können an dieser Stelle, ist ein Gesundheitspräventionsgesetz. Jetzt erklären Sie bitte mal der Pflegerin, dem Pfleger, wie er nach 40 Jahren - 45 muss er arbeiten, um tatsächlich auch den vollen Rentenanspruch zu haben, dabei bleibt es ja - entsprechend arbeiten können soll. Das muss man unterfüttern. Da muss man sagen, folgende Konzepte stellen wir uns vor, folgendermaßen wollen wir Stress abbauen, folgendermaßen sorgen wir dafür, dass es auch gesundheitliche Ruhephasen gibt, folgendermaßen gestalten wir Teilzeitmodelle.

Das tun Sie alles nicht. Und indem Sie das nicht tun, sorgen Sie auch nicht für die nötige Akzeptanz, diese große Aufgabe muss gestemmt werden. Wir reden also im Wesentlichen darüber, wie wir Arbeitsschutz verbessern, wie wir auch Weiterbildung im Übrigen verbessern. Das sind alles auch Punkte, die man auch auf Landesebene ansprechen kann. Wir haben ein Landesarbeitsmarktprogramm verabschiedet, wir werden es ausgestalten können. Das heißt, das betrifft im Übrigen auch die Landesebene. Deswegen ist es auch richtig, darüber nachzudenken, wenn man dazu steht. Das habe ich heute hier von vier Fraktionen gehört, meine eingeschlossen. Da muss man auch Konsequenzen auf Landesebene ziehen und sich hier im Übrigen auch fragen: Wenn man Förderprogramme strickt, wie schafft man es denn, den schönen Begriff Diversity zu unterfüttern, nämlich dass junge und ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zusammenarbeiten. Wie schafft man es, gute Arbeitsbedingungen zu schaffen. Wie schafft man es, dass Menschen eben nicht durch hohen Leistungsdruck krank werden, früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssen und sich dementsprechend nicht mehr einbringen können. Schweden und die Schweiz wurden genannt, das sind Länder, die zeigen, wie es gehen kann, wie übrigens auch Gesundheitsprävention funktioniert, wie flexible Rentenlösungen funktionieren. Da können wir uns noch etwas anschauen. Das würde ich mir wünschen, dass wir das tun. Und bei aller Freude an bundespolitischen Debatten hier im Thüringer Landtag fände ich es wichtig, dass wir auch immer den Bezug finden zum Land - deswegen das Landesarbeitsmarktprogramm – und zum Zweiten dann schon auch die Bedingungen, die man auf Bundesebene beeinflussen kann, auch beim Namen nennt. Das gehört zur Ehrlichkeit der Debatte dazu. Vielen Dank.